



EVP-Urgesteine: Johannes Zollinger, Peter Reinhard und Gerhard Fischer

Im Vertrauen auf Gott



Hommage an drei politische Zürcher EVP-Schwergewichte

■ HANSPETER HUGENTOBLER, DESIGNIERTER EVP-KANTONALPRÄSIDENT, PFÄFFIKON

Gerhard Fischer, Peter Reinhard und Johannes Zollinger prägen die EVP-Kantonsratsfraktion. Wer sind sie eigentlich?

Die drei kennen den politischen Betrieb im Kanton Zürich aus langjähriger Erfahrung. Und man kennt sie: den Geschäftsführer der EVP des Kantons Zürich und Berufspolitiker Peter Reinhard, den EVP-Kantonalpräsidenten, Wädenswiler Stadtrat, Schulpräsidenten und Präsidenten der Zürcher Schulpräsidenten Johannes Zollinger sowie den Biobauer Gerhard Fischer aus dem Oberland. Doch wer sind diese drei EVP-Urgesteine über ihr politisches Auftreten hinaus?

Johannes Zollinger (www.johannes-zollinger.ch) ist der Älteste von ihnen, jedoch mit 12 Jahren Kantonsparlament zugleich der Amtsjüngste. Sehr gerne verbringt er die Zeit neben der Politik mit seinen 6 Enkelkindern. Während vielen Jahren fand er Erholung als Tenor in einer Gospel-Band, die aber zu seinem Bedauern nicht mehr aktiv auftritt. Sein Credo «Die Stärke einer Gemeinschaft misst sich daran, wie sie mit den Schwächsten umgeht» setzt er nicht nur im Schulbereich um, sondern u.a. auch als Präsident der Stiftung Bühl, welche Behinderten eine Heimat bietet.

Gerhard Fischer (www.gerhardfischer.ch) gehört dem Kantonsrat seit 19 Jahren an, im Amtsjahr 2010/11 war er dessen Präsident. Er positioniert sich wie folgt: «In der Politik braucht es sehr viel Einfühlungsvermögen – für die Gesell-

schaft wie für den Einzelnen. Mein Vorbild darin ist Jesus.» Die Zuwendung zu den Menschen prägt den Vater von 10 Kindern auch privat. Auf seinem Hof sind Flüchtlinge, Behinderte und andere Menschen in Not stets willkommen. Und immer wieder nimmt er sich Zeit, um die Natur zu beobachten, am liebsten bei der Pflege seiner Blumenwiesen und des Obstgartens.

Peter Reinhard (www.peterreinhard.ch) ist mit bald 23 Jahren Kantonsratserfahrung der amtsälteste der drei, mit Jahrgang 1954 jedoch altersmässig der jüngste. Seine Verankerung im Christentum fasst er wie folgt zusammen: «Christliche Wertepolitik muss sachbezogen, nachhaltig und lösungsorientiert sein.» Obwohl

er auch Italiener ist (den EU-Pass verdankt er seiner Mutter, die vom unteren Münstertal im Südtirol stammt), gilt sein Interesse vor allem seiner engeren Heimat Kloten. Nein, nicht nur der Flugplatz interessiert ihn, sondern mindestens ebenso die Kloten Flyers (Hockeymannschaft) und das Gedeihen der EVP Kloten. So überspielt er auch gerne seine gesundheitlichen Probleme.

Gerhard Fischer, Peter Reinhard und Johannes Zollinger haben sehr viel dazu beigetragen, dass die EVP des Kantons Zürich nächstes Jahr ihr 100-jähriges Bestehen feiern kann. An der Jubiläumsfeier am 25. März 2017 in Pfäffikon werden sie auf jeden Fall dabei sein.

EDITORIAL



Mark Wisskirchen
EVP-Stadtrat, Kloten

Liebe Leserin, lieber Leser

Im Sommer 2015 sind Hunderttausende von Flüchtlingen nach Europa geströmt. Und haben Millionen von Europäern verunsichert. Wie immer man sich dazu stellt, diese Menschen, mehrheitlich Muslime, sind jetzt da. Wie gehen wir Christen damit um? Soll die Angst vor dem Fremden vorherrschen oder vertrauen wir auf Gott und begegnen diesen Menschen wie Jesus es getan hätte? Lassen wir die Flüchtlinge an unserem Leben teilnehmen? Die meisten werden bleiben. Nur in unserer Mitte vermitteln wir ihnen unsere Grundwerte. Fordern und fördern wir sie, in Deutschkursen, Freiwilligenarbeit und Sport. Mit Sicherheit geben wir ihnen damit ein Stück der auf der Flucht verlorenen Würde zurück. Die EVP bleibt ihrer christlichen Grundhaltung treu, als die verlässliche Partnerin, egal wie sich die Welt und ihre Politik verändern.

Ja zur Atomausstiegsinitiative

Indirekter Gegenvorschlag «Energierategie 2050» zu schwach



Ab wann kommt kein Dampf mehr aus dem Kühlturm?



Maja Ingold
EVP-Nationalrätin
Winterthur

Ein Vergleich zwischen dem Programm 2014 der EVP Schweiz und der Volksinitiative für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie zeigt eine grosse Übereinstimmung. Die vom Parlament beschlossene Energierategie 2050 geht zwar in die richtige Richtung. Sie genügt aber nicht, um die EVP-Ziele zu erreichen. Mit 73 Ja zu 6 Nein unterstützt die EVP Schweiz deshalb die Atomausstiegsinitiative.

Fukushima 2011 – die japanische Atomkraftwerk-Katastrophe hat weltweit zu einem Umdenken geführt. Auch in der Schweiz. Der Bau neuer Atomkraftwerke ist seither definitiv vom Tisch, neue Rahmenbewilligungen sind ausgeschlossen. Diskutiert wird nur noch, was mit den fünf bestehenden Kernkraftwerken (Mühleberg, Beznau I und II, Gösgen und Leibstadt) geschehen soll. Gemäss Energierategie 2050 werden sie schrittweise stillgelegt. Einziges Kri-

terium für ihren vorläufigen Weiterbetrieb ist dabei die Sicherheit. Demgegenüber ist gemäss Initiative bereits 2029 endgültig Schluss mit dem Schweizer Atomstrom.

«Im Gegensatz zur Initiative verzichtet die Energierategie 2050 auf definitive Vorgaben zur Abschaltung der bestehenden Kernkraftwerke»

Die vom Parlament kürzlich beschlossene Energierategie 2050 enthält im Übrigen verschiedene begrüßenswerte Massnahmen auf dem Weg zu mehr Energie aus erneuerbaren Quellen. Gefördert werden u.a. Erdwärme, Solarenergie und Grosswasserkraftwerke – die Hälfte unseres Stroms stammt aus Wasserkraft. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Energieeffizienz, z.B. mittels Gebäudesanierungen, und auf Lenkungsabgaben (Erhöhung Netzzuschlag, CO2-Abgabe). Im Gegensatz zur Initiative verzichtet die Energierategie 2050 jedoch auf definitive Vorgaben zur Abschaltung der bestehenden Kernkraftwerke. Für die Förderung von alternativen Energie-

IN KÜRZE

5%-Hürde. In Zürich haben die 3 grossen Parteien SP, SVP und FDP im Gemeinderat gegen die Abschaffung der 5%-Hürde gestimmt. Über die Volksinitiative **«Faires Wahlrecht für Züri – jede Stimme zählt!»,** hinter der die EVP der Stadt Zürich federführend steht, muss nun das Volk an der Urne entscheiden. Für die EVP steht viel auf dem Spiel, sie wird sich deshalb mit allen Kräften im Abstimmungskampf einsetzen.

Kantonsrat **Hanspeter Hugentobler** wurde in allen Landzeitungen interviewt als vorgeschlagener neuer Präsident der EVP ZH und Nachfolger von **Johannes Zollinger**. Er brachte klar zum Ausdruck, dass die EVP christliche Nächstenliebe in die politischen Entscheide einfließen lassen will und sagte weiter: **«Die Demokratie ist darauf angewiesen, dass es nicht nur Extrempositionen gibt.»**

Ebenfalls zu grosser medialer Präsenz brachte es Kantonsrat **Markus Schaaf**. Nach dem Besuch eines Lebensmittelinspektors muss er in seinem Altersheim die selbstgemachte Konfitüre umetikettieren. Der Grund: Laut einer Verordnung soll sie «Fruchtaufstrich» heissen, weil sie mehr Früchte enthält als «normale» Konfitüre.

Nationalrätin **Marianne Streiff** hat die Auszeichnung **«Ambassador for Peace»** von der internationalen Frauenföderation für Weltfrieden überreicht erhalten. Sie meinte dazu: «Ich bin berührt».

Nationalrätin **Maja Ingold** hat in der Herbstsession 2 Vorstösse eingereicht: **Gesundheitskosten senken durch Hilfe zur Selbsthilfe**, sowie **Verantwortung für öffentliche Gelder bei Entwicklungsinstitutionen.**

quellen fehlt es so an Planungssicherheit. Demgegenüber führt die Atomausstiegsinitiative zu verlässlichen Leitplanken für die Energieplanung. Deshalb stimmt ihr die EVP zu.

ANZEIGE

CVJM ZENTRUM HASLIBERG

Familienferien
Gruppenaufenthalte
Seminare

www.cvjm-zentrum.ch
+41 (0)33 972 10 50

Berggenuss schon ab CHF 98.00 pro Person / Nacht mit Halbpension

Bergbahnen / ÖV gratis
Hotel-Skipass im Winter nur 35.00

inclusive

silserhof

7515 Sils-Baselgia (Engadin)

vcf HOTELS
Vertrags- & Einzahlungsfreie Privatzimmer

Nein zur verkorksten Umsetzung der Kulturlandinitiative

Kulturlandschutz im Siedlungsgebiet macht keinen Sinn



Gerhard Fischer
EVP-Kantonsrat
Bärenswil

Ackerfähiges Kulturland muss wirksam gegen Überbauung geschützt werden. Dieses Ziel ist unbestritten. Umstritten sind jedoch die Mittel, um dieses Ziel zu erreichen. Auf Druck der Kulturlandinitiative soll mit einer Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG) das Ackerland im Siedlungsgebiet geschützt werden. Das macht keinen Sinn. Die Kulturlandinitiative ist durch die erfolgten Änderungen des Richtplans besser umgesetzt. Sie schützen vor allem das Nichtsiedlungsgebiet vor Überbauung.

2012 hat das Zürcher Volk entgegen der Empfehlung der EVP die Kulturlandinitiative knapp angenommen. Die EVP vertraute schon damals auf die inzwischen erfolgten Änderungen des Richtplans. Gebaut werden darf mit wenigen Ausnahmen nur im Siedlungsgebiet. Ausserhalb des Siedlungsgebietes liegt genügend ackerfähiges Kulturland (sog. Fruchtfolgefleichen).

Die Änderung des PGB, über die auf Druck des Bundesgerichts abgestimmt werden muss, schützt die Fruchtfolgefleichen innerhalb des



Der Richtplan schützt das Kulturland ausserhalb der Siedlungsgebiete besser als eine Änderung des Gesetzes

Siedlungsgebietes. Dies behindert die erwünschte Bautwicklung im Siedlungsgebiet. Die Umsetzungsvorlage stoppt die Zersiedelung nicht wirklich, weil sie Einzonungen sehr wohl zulässt.

«Die Umsetzungsvorlage stoppt die Zersiedelung nicht wirklich, weil sie Einzonungen sehr wohl zulässt.»

So geraten ökologisch wertvolle Flächen im Siedlungsgebiet und abgelegene Gebiete wie u.a. die Hanglagen im Zürcher Berggebiet unter Druck. Terrassensiedlungen am Bachtel und am Schnebelhorn – nein danke!

Die Kulturlandinitiative ist mit dem Richtplan bereits zweckmässig umgesetzt. Die EVP lehnt die im Ergebnis kontraproduktive Änderung des PBG (mit 38 zu 10 Stimmen) deutlich ab.

Nein zur kantonalen Volksinitiative «Schutz der Ehe»

Eherecht ist Bundesrecht



Walter Meier
EVP-Kantonsrat,
Uster

«Die Ehe ist die auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau». Dieser Satz wird von der EVP voll unterstützt. Er gehört aber nicht in die Zürcher Kantonsverfassung. Die EVP lehnt deshalb die entsprechende kantonale Initiative ab.

Als 1912 das schweizerische Zivilgesetzbuch in Kraft trat, war es selbstverständlich, dass die Ehe einen Mann und eine Frau zu einer Lebensgemeinschaft verbindet. Inzwischen

können jedoch auch gleichgeschlechtliche Paare eine der Ehe ähnliche Lebensgemeinschaft eingehen. Das eidgenössische Partnerschaftsgesetz ermöglicht ihnen seit 2004, ihre Partnerschaft registrieren zu lassen und so den Status «in eingetragener Partnerschaft» zu erwerben. Mit Ausnahme des Rechts auf Adoption erhalten sie so weitgehend gleiche Rechte und Pflichten wie Ehepaare.

Schon im Vorfeld des Erlasses des Partnerschaftsgesetzes bemühten sich die Homosexuellen-Organisationen um eine Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare mit den Ehepaaren. Für das Recht auf Heirat setzen sie sich weiterhin mit Nachdruck ein. Die EVP lehnt die Zulassung gleichgeschlechtlicher Paare zum

Abschluss einer Ehe jedoch ab. In ihrem nationalen Parteiprogramm von 2014 heisst es klipp und klar:

«Ehe zwischen Mann und Frau schützen – Privilegien der Ehe beibehalten, d.h. weder aufheben noch abwerten noch auf andere Verbindungen ausdehnen».

Der Kampf für die Ehe als Verbindung zwischen Mann und Frau muss auf nationaler Ebene ausgetragen werden. Scharmützel auf kantonaler Ebene bringen nichts, da den Kantonen die Zuständigkeit zum Erlass familienrechtlicher Gesetze fehlt. An der Delegiertenversammlung der EVP Kanton Zürich wurde die Nein-Parole deshalb mit überwältigenden 50 Nein zu nur 4 Ja-Stimmen beschlossen.

Maja Ingold fordert Lehrgänge für Imame

Islamische Geistliche sind Schlüsselpersonen



Margrit Wälti
Henggart

Rund eine halbe Million Muslime leben derzeit in der Schweiz. «Sie sind Teil der Gesellschaft und werden es bleiben», so schreibt EVP-Nationalrätin Maja Ingold in ihrem Postulat mit der Überschrift «Gemässigte Imame sind Schlüsselpersonen gegen die Radikalisierung von jugendlichen Muslimen».

Jugendliche Muslime leben in einem besonders grossen Spannungsfeld: Einerseits haben sie konservative und traditionelle Vorstellungen ihrer Eltern zu erfüllen und andererseits möchten sie Teil einer liberalen und toleranten Gesellschaft sein und teilhaben an den Lebensformen ihrer Altersgenossen. Es liegt in der Hand von Bezugspersonen, insbesondere religiöser Betreuungspersonen, ob Jugendliche friedliche Mitglieder unserer Gesellschaft werden oder sich radikalieren, Schweizer Normen ablehnen und den Weg der Gewalt gehen.

«Als religiöse Betreuungspersonen sind die Imame in der Lage, eine Radikalisierung von Jugendlichen zu bremsen oder voranzutreiben.»

Maja Ingold sieht in den Imamen solche Bezugspersonen, aber auch Multiplikatoren für ein gelingendes Zusammenleben zwischen den Religionen. Sie appelliert an den Bundesrat, Massnahmen für Ausbildungsvoraussetzungen der Imame in der Schweiz aufzuzeigen. Was ist ihr Anliegen? Rund eine halbe Million Muslime leben derzeit in der Schweiz. Als Autoritäten



Ob in Schweizer Moscheen radikalisiert oder integriert wird, hängt von den Imamen ab

tragen ihre Imame in hohem Masse zur friedlichen Koexistenz oder aber zur Kultivierung von Parallelgesellschaften bis hin zur Jihad-Mission bei. Als religiöse Betreuungspersonen sind sie in der Lage, eine Radikalisierung zu bremsen oder voranzutreiben. Die aus dem Ausland rekrutierten Imame kennen jedoch oft weder die hiesigen Gepflogenheiten noch die Bedürfnisse einer Gemeinde. Maja Ingold fordert daher theoretische und praktische Lehrgänge für islamische Geistliche. «In punkto Imam-Ausbildung ist die Schweiz Brachland», stellt sie fest. Es gäbe keinerlei Vorgaben weder für die Ausbildung noch für die Berufsausübung, aber auch keinen Überblick über die Anzahl der praktizierenden Imame sowie über deren Finanzierung. Zwar kenne das Staatssekretariat für Migration die Zahl der Imame, die von ausserhalb der EU zur Erwerbstätigkeit in die Schweiz einreisen

wollten, doch diese Zahlen seien lückenhaft. Nationalrätin Maja Ingold erwartet von den geforderten Massnahmen, dass muslimische Jugendliche vor islamistischer Missionierung geschützt werden. Auch soll damit das Integrationspotenzial der Imame gefördert werden.

Der Bundesrat reagiert positiv. Er teilt die Auffassung, dass weiterer Klärungsbedarf betreffend religiöser Betreuungspersonen besteht. Da die Bundesverfassung festhält, dass für Bildungsfragen Bund und Kantone zuständig sind, will er eine Vermittlerrolle einnehmen und den Dialog fördern zwischen Bund und Kantonen. Er ist der Ansicht, dass aufgrund der Zuständigkeiten ein Bericht in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen erarbeitet werden muss. Er wird in diesem Sinne das Gespräch mit den Kantonen suchen.

ANZEIGE

Wahrhafte Qualität.

daniel sommer holzwerkstatt
8911 Rifferswil · sommerholz.ch

Kienast
Immobilien Verwaltung

Walter Kienast
Marktgasse 66
8400 Winterthur
Tel. 052 202 15 21
kienast-sport@bluewin.ch

gndruck ag
good news druck

Offsetdruck
Digitaldruck

Wir machen schön Druck!

Kasernenstrasse 4 T 044 860 61 40 info@gndruck.ch
8184 Bachenbülach F 044 860 61 92 www.gndruck.ch

EVP Kilchberg zwingt Gemeinde zum Handeln

Aufforderung zu mehr Engagement für Flüchtlinge



Andreas Kaplony
Präsident EVP
Kilchberg

Zu lange wurde in Kilchberg zu wenig für die vielen Flüchtlinge im Dorf getan. Die EVP organisierte deshalb einen Informationsabend und signalisierte damit: Jetzt ist es höchste Zeit zu handeln! Und siehe da: «Marhaba (Arabisch): sie bewegen sich doch.»

Flüchtlinge ja, aber bitte schön unsichtbar. Das war die Situation in Kilchberg anfangs 2016. Zwar lebten 56 Flüchtlinge im Dorf, was etwa 0.7% der Bevölkerung ausmachte, aber die Gemeindeverwaltung informierte nicht darüber. Es gab lediglich einen Betreuer im AHV-Alter, der mit viel Elan viel mehr als die ihm bezahlten 10 Stunden arbeitete, und dazu einen totalen Wildwuchs bei den vielen Hilfsangeboten aus der Bevölkerung.

Daher lud die EVP Kilchberg mit Inseraten und per Flyer in alle Briefkästen zu einem Informationsabend am 5. April 2016 ein. Stühle für 10 Gäste waren bereit – es kamen über 100! Der Flüchtlingsbetreuer der Gemeinde erklärte uns mit viel Liebe, was sich alles tat. In der folgenden Frage- und Diskussionsstunde machte das Publikum sehr konkrete Angebote: Deutsch-Nachhilfe, Arbeiten im Garten, Ausflüge im Dorf, Praktika und Lehrstellen. Gleichzeitig war man hell entsetzt, dass die Gemeinde erstens das Thema «Flüchtlinge» totschweigt, zweitens keine richtige Stelle für einen Betreuer bezahlt und drittens die Koordination ganz an private Initiativen bzw. die Kirche delegieren wollte. Fazit des Abends: Jetzt sei der Moment, die allgemeine Hilfsbereitschaft aufzunehmen,



Zustimmung für den Einsatz der EVP für Flüchtlinge

mit Geschick öffentliches Geld zu sparen und langfristigem Unheil vorzubeugen. Am Folgetag fasste eine der Anwesenden die drei Forderungen in einem Brief an den Gemeinderat kurz und bündig zusammen.

Ermutigt durch das kräftige Votum des Abends und vorbereitet durch den erwähnten Brief, wurde am 21. April eine Dreiergruppe unter Führung der EVP beim Gemeinderat vorstellig. Der Empfang war sehr freundlich, die Reaktion aber nichtssagend. Es hiess: Ja – man sollte mehr informieren, Ja – es bestünden Pläne, aber darüber könne man jetzt nicht reden, und ausweichend – die Koordination sei nicht Sache der Gemeinde, oder doch, aber lieber doch nicht. Also eigentlich gab es kein Ergebnis. Und das blieb auch der Tenor in allen folgenden E-Mails und bei Anrufen.

Der Durchbruch kam erst, als die erwähnte Dreiergruppe am 13. Juni beim Gemeinderat eine Schriftliche Anfrage an die Gemeindeversammlung abgab. Schon am 14. Juni (also einen Tag später) beschloss der Gemeinderat die Einrichtung einer 60%-Stelle, und am 28. Juni informierte er an der Gemeindeversammlung ausführlich über die Situation.

Am Anfang stand also das massive Interesse der Bevölkerung. Es folgte der Informationsabend der EVP, an welchem die Kilchberger ihre Anliegen vorbringen konnten. Eine Dreiergruppe unter Führung der EVP packte diese sodann in drei griffige Forderungen und brachte sie in die interne Diskussion der Gemeindeverwaltung ein. Entscheidend war dann aber die Schriftliche Anfrage an die öffentliche Gemeindeversammlung.

Und heute? Die Stelle ist zwar ausgeschrieben, aber noch nicht besetzt. Ob 60% Prozent wirklich genügen, um über 50 Erwachsene und Kinder ganz verschiedener Herkunft und mit ganz verschiedenen Bedürfnissen vorläufig in Kilchberg sesshaft zu machen? Kurz: wir bleiben dran.

BEHÖRDENMITGLIED



Gabi Bachmann

Mitglied des Grossen Gemeinderates Wädenswil

Ich bin EVP-Behördenmitglied, weil ...

- ... es ein grosses Privileg ist, in einem Land mit funktionierender Demokratie zu leben, in dem auch kleinere Parteien ihren Platz haben
- ... in der EVP mit Kopf und Herz sowie mit Respekt gegenüber Gott und den Menschen politisiert wird
- ... es interessant ist und mich unmittelbar am Geschehen in unserer Stadt teilhaben lässt

VORSTÖSSE IM KANTONS RAT

(pr) Details: www.kantonsrat.zh.ch

Nacht-S-Bahn

Hanspeter Hugentobler, Markus Schaaf und Nik Gugger verlangen den Ausbau des Angebots der Nacht-S-Bahn im Bezirk Pfäffikon. (2016 113)

E-Voting

Walter Meier will Auskunft über den Stand der Arbeit für E-Voting – insbesondere auch für Auslandschweizer –, nachdem 2012 bereits Testabstimmungen erfolgten. (2016 115)

Berufsbildungsangebote

Hanspeter Hugentobler fordert eine Erweiterung des Angebots an erwachsenengerechten Berufsbildungsangeboten, insbesondere für

stark nachgefragte Berufe in Branchen mit Fachkräftemangel. (2016 139)

Fördermassnahmen Energiebereich

Daniel Sommer wehrt sich gegen die Kürzung von Fördermassnahmen im Energiebereich, bei energetischen Sanierungen und bei MINERGIE-Bauvorhaben. (2016 192)

Gleiche Rechte

Markus Schaaf stellt fest, dass der Kanton im Rahmen des neuen Sparprogramms kostentreibende Anforderungen bei seinen Bauvorhaben reduziert. Er verlangt, dass gleiches Recht auch für private Bauherren gelten soll. (2016 310)

Lehrstellen

Nik Gugger wehrt sich gegen die Lehrstellen-Reduktion von 240 auf nur noch 160 Lernende in der Mechatronik-Schule Winterthur. (2016 164)

Windeln im Kindergarten

Johannes Zollinger und Markus Schaaf weisen darauf hin, dass infolge der laufenden Senkung des Eintrittsalters vermehrt Kinder mit Windeln in den Kindergarten kommen. Aus der Vorverlegung des Schuleintritts entstehen auch bei den Schulabgängen Probleme, indem die Jugendlichen weniger reif sind für die Berufswahl. (2016 323)

BGJ32: erfolgreiches Start-up der EVP

Sanierung des Mehrfamilienhauses Winzerstrasse 79



Peter Reinhard
Geschäftsführer der
EVP-Baugenossen-
schaft Josefstrasse 32

Die Baugenossenschaft Josefstrasse 32 (BGJ32, www.bgj32.ch) wurde 1982 von einigen EVP-Mitgliedern gegründet, um der Partei ihre Räume an der Josefstrasse hinter dem Hauptbahnhof zu erhalten. Neben dem EVP-Sitz Josefstrasse 32 gehören der Genossenschaft das kleine Bürohaus Josefstrasse 34 und ein Mehrfamilienhaus an der Winzerstrasse in Zürich-Höngg.

Sämtliche Liegenschaften sind im Verlauf der letzten 34 Jahre saniert worden, zuletzt kürzlich das Wohnhaus in Höngg.

Josefstrasse 32 und 34

Bereits 3 Jahre nach ihrer Gründung berichtete die BGJ32 stolz: «Alle EVP-Häuser strahlen in neuem Glanz». Gemeint waren damit die Josefstrasse 32 und 34. An der Josefstrasse 32 wurden die Toiletten aus den Zwischengeschossen im Treppenhaus in die Wohnungen integriert und Bad/Küchen erneuert. Natür-



Beim soeben abgeschlossenen Umbau hat das Haus Winzerstrasse 79 (links Ansicht von der Strasse, rechts von der Talseite) einen Anbau erhalten



lich wurden auch energetische Sanierungen wie neue Fenster sowie Dach- und Kellerisolationen vorgenommen. Die Ölheizung wurde durch eine moderne Gasheizung ersetzt, um den CO₂-Ausstoss zu reduzieren. Die unteren beiden Stockwerke von Nr. 32 sind gegenwärtig belegt durch die EVP Kanton Zürich, die Schweizerische Evangelische Allianz (SEA) mit dem Ehrenkodex, die Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Missionen (AEM), die Stiftung Pfarrer Sieber und Opportunity International. Im 2. und 3. Stock befinden sich 4 Mietwohnungen. Im Bürogebäude Nr. 34 fühlt sich seit Jahren der TearFund, das Hilfswerk der SEA, wohl. Die Sanierung im Jahre 1985 und spätere Renovationen wurden von alt EVP-Nationalrat und Architekt Niklaus Kuhn betreut.

Winzerstrasse 79

Das Mehrfamilienhaus Winzerstrasse 79 konnte 1994 von einem EVP-Mitglied erworben werden. 2015/16 wurde es unter der Leitung von Architekt Dieter Schlatter saniert und mit einem Anbau versehen. Selbstverständlich wurde das Gebäude bei dieser Gelegenheit auch energetisch saniert. Erfreulicherweise konnten dabei alle 4 Mieterfamilien im Haus bleiben. Die erneuerten Wohnungen haben bis zu 140 m² Wohnfläche und sind mit hohem Komfort ausgestattet. Beim Umbau wurde besonders darauf geachtet, den Stil der Wohnungen zu erhalten. Im Neubau wurden einheimische und natürliche Materialien verwendet. Der Anbau besteht aus Holz.

Erfolgreiche Genossenschaft

Genosschafter der BGJ32 sind vornehmlich EVP-Mitglieder. Ihre Genossenschaftsanteile werden derzeit mit hohem 2% verzinst, dies als Dank dafür, dass die Genosschafter der BGJ32 ihr Geld in einer Zeit zur Verfügung gestellt haben, als bei den Banken kaum noch Hypotheken erhältlich waren. Bei der Vermietung der Wohnungen werden EVP-Mitglieder bevorzugt. Seit der Gründung sind Franz Leutert, Obfelden, als Präsident, und Peter Reinhard als Geschäftsführer für die Baugenossenschaft tätig. Dem Vorstand gehören zudem Stefano Terzi, Winterthur, Gerhard Gysel, Hedingen, und Architekt Dieter Schlatter, Opfikon, an. Johannes Zollinger, Wädenswil, ersetzte Roland Steinberger an der diesjährigen Generalversammlung als Kassier.



An der Josefstrasse 32 (links) hat die EVP Kanton Zürich ihren Sitz, in Nr. 34 (rechts) befindet sich der TearFund

ANZEIGE



Nachhaltig, behaglich bauen – mit Schuler Holzbausystem

Das von uns entwickelte und in Rothenthurm produzierte Massivholzsystem ermöglicht technisch, wirtschaftlich und gestalterisch hervorragende Holzbaulösungen für Neubauten, Aufstockungen und Anbauten. Auch astfreie Holzoberflächen, aus Schweizer Nadelholz, formaldehydfrei verleimt.

Pius Schuler AG, 6418 Rothenthurm, Tel. 041 839 80 80, Kontakt: gerhard.gysel@pius-schuler.ch

Malen
Gipsen
Lackieren



**Schaub
Maler AG**

www.schaub-maler.ch

Hofackerstrasse 33, 8032 Zürich
Tel. 044 381 33 33, Fax 044 381 33 34

Zürich Oerlikon Wetzikon

EVP verteidigt Sitz im Gemeinderat Bauma

Rücktritt von EVP-Gemeindepräsidentin Marianne Heimgartner



Bruno Kleeb
Vizepräsident
EVP Bauma

Die Baumer Gemeindepräsidentin Marianne Heimgartner (EVP) tritt aus beruflichen Gründen von ihrem Amt zurück. In der bevorstehenden Ersatzwahl verteidigt die EVP mit Barbara Koch ihren Sitz im Gemeinderat.

Marianne Heimgartner wurde 2003 in den Baumer Gemeinderat gewählt und präsidiert diesen seit 2009. Ihre Amtszeit als Gemeindepräsidentin war geprägt vom erfolgreichen Abschluss der Fusionsverhandlungen mit Sternenberg. Seit anfangs 2015 wirkte sie deshalb als Gemeindepräsidentin der fusionierten Gemeinde Bauma und Sternenberg. Nun wurde ihr eine interessante berufliche Tätigkeit angeboten, was sie zum Rücktritt bewog. Die EVP Bauma bedauert diesen Entscheid, schaut aber dankbar auf das langjährige grosse Engagement von Marianne Heimgartner zurück.

Auf das Gemeindepräsidium erhebt die EVP im Moment keinen Anspruch. In die Kampfwahl um den frei gewordenen Sitz im Gemeinderat, die am 27. November stattfindet, zieht sie mit Barbara Koch. Der Anspruch der EVP auf den zweiten Sitz im Gemeinderat wird von der SVP und von einem parteilosen Kandidaten bestritten.

Die EVP rechnet sich gute Chancen aus, den Wahlkampf zu gewinnen. Mit Barbara Koch verfügt sie über eine bestens qualifizierte Kandidatin, die in der Sozialbehörde Russikon bereits Behördenerfahrung sammeln konnte. Da sie von 1998 – 2002 Pflegedienst- und Zentrumsleiterin im ehemaligen Spital in Bauma war, ist sie in der Gemeinde bereits bekannt. Anschliessend gründete sie eine eigene Firma



Mit Barbara Koch steigt die EVP zuversichtlich in den Kampf um den vakanten Sitz im Gemeinderat Bauma

und war als Geschäftsführerin tätig. So bringt sie für das Amt Organisations- und Managementenerfahrung und die entsprechenden Ausbildungen mit.

Vor zwei Jahren verkaufte Barbara Koch ihren Anteil am Geschäft und zog mit ihrem Mann wieder nach Bauma. Dank ihrer Frühpensionierung hat sie Zeit, sich für die Gemeinde zu engagieren. Dies könnte im Wahlkampf entscheidend sein, weil es fraglich ist, wie weit ihre beiden Mitbewerber die nötige Zeit für dieses aufwändige Amt aufbringen können. Seit Barbara Koch in Bauma wohnt, hat sie sich im Dorf fest engagiert. Sie singt in einem Chor, nimmt am Leben der reformierten Kirchgemeinde teil und pflegt den Kontakt zu den Personen, die sie aus ihrer Zeit im Spital Bauma kennt. Man kann von einer Traumintegration sprechen.

Für Barbara Koch ist klar, dass sie als Gemeinderätin die Dorfgemeinschaft vertreten wird. Diese erwartet, dass sie sich sachkundig und engagiert um ihre Aufgabe kümmert. Sie wird

ZUR PERSON

Barbara Koch, 1955
verheiratet mit Hansruedi
eine erwachsene Tochter
dipl. Pflegefachfrau HF
1998-2002 Pflegedienst- und
Zentrumsleiterin im Spital Bauma

sich mit einer offenen Haltung im Gesamtgemeinderat einbringen. Zusammen mit Heidi Weiss, die als Ressortvorsteherin Gesellschaft u.a. für das Alters- und Pflegeheim und das Hallenbad zuständig ist, wird sie im Gemeinderat ein schlagkräftiges EVP-Team bilden.

Die EVP ist überzeugt, dass Barbara Koch alles mitbringt, was es für das Gemeinderatsamt braucht. Sie ist deshalb zuversichtlich, dass sie den zweiten Gemeinderatssitz verteidigen kann. Gewinnt sie die Wahl, sind die beiden EVP-Vertreterinnen weiterhin die einzigen Frauen im Baumer Gemeinderat.

ANZEIGE

Weingerstasse 48
8103 Unterengstringen
Tel 043 455 20 20
info@beutterkuechen.ch

beutterküchenag
myKüche.ch



Chr. Müller+Co.
Hochbau AG

Seit fast 70 Jahren spezialisiert für eine qualitativ hochwertige Bauausführung in folgenden Bereichen:

- Umbau
- Sanierungen
- Abbrucharbeiten
- Aussenwärmedämmung
- Fassadenarbeiten
- Neubau

Chr. Müller+Co. Hochbau AG – Schwamendingenstrasse 34 – 8050 Zürich
Tel. 044 315 70 90 – info@chr-mueller.ch – www.chr-mueller.ch

Fällt die 5%-Hürde in der Stadt Zürich?

Grosse Parteien profitieren von der Diskriminierung der kleinen



Peter Ritschard
alt Kantonsrat
Zürich

Nach den Gemeinderatswahlen 2014, in denen die EVP in der Stadt Zürich ihre Sitze wegen ganz weniger Stimmen verlor, ergriff sie zusammen mit anderen kleineren Parteien die Initiative zur Abschaffung der unlaute- ren 5%-Hürde. Der Gemeinderat hat die Initiative „Faires Wahlrecht für Züri – jede Stimme zählt“ kürzlich behandelt. Ernst Danner (EVP) durfte vor dem Gemeinderat die Initiative begründen.

In seiner fulminanten und brillanten Rede führte er die Argumente gegen die Beschränkung des Proporzgedankens aus. An der verlorenen Wahl 2014 haben 94 000 von 220 000 Stimmberechtigten teilgenommen. Für die EVP haben 2332 gestimmt, für die Schweizer Demokraten 862, für die BDP 850, für die Piraten, die EDU und die AHS (Aktion für humanen Städtebau) insgesamt 1212. Bei einer Sitzverteilung nach Pukelsheim hätten sich für diese Parteien 5 Sitze ergeben, davon 3 für die EVP und je einer für die SD und BDP.

Das zeige deutlich, wie der Volkswille durch die willkürlich festgesetzte 5%-Hürde verfälscht wurde. 5 000 von 94 000 Wählern wurden so einfach aus der Mitverantwortung ausgeschlossen, ihre Stimmen wurden quasi fortgeworfen. Der Grundsatz, dass jede Stimme zählt, wurde damit krass verletzt. Mit Ernst Danner wehrten sich verschiedene Redner der Grünen, der Grünliberalen und der AL gegen die Verfälschung des

Proporzgedankens. Dieser wurde seinerzeit in der Schweiz als Pioniertat eingeführt und ermöglichte den Einbezug der Minderheiten in die Politik. Davon profitierte nicht zuletzt die SP, die damit Sitze im Nationalrat und Bundesrat gewann. Am Ende stimmten 51 Ratsmitglieder der Initiative zu und 69 dagegen. Den grossen Parteien SP, SVP und FDP stand das eigene Hemd näher als die Gerechtigkeit.



EVP-Vertreter Ernst Danner auf dem Weg ins Rathaus

Ersatzwahl in den Stadtrat von Winterthur

Die EVP Winterthur will es wissen!



Lilian Banholzer
EVP-Fraktionspräsi-
dentin im Grosse Gemein-
derat Winterthur

Nach dem angekündigten Rücktritt des grünen Stadtrats Matthias Gfeller dreht sich das Kandidatenkarussell. Auch die EVP will eine Kandidatur präsentieren.

In Folge der Turbulenzen rund um die Beteiligung der Stadt Winterthur an der Wärmering Frauenfeld AG hat der für das Departement Technische Betriebe zuständige Stadtrat Matthias Gfeller auf Frühling 2017 seinen Rücktritt angekündigt. Im Februar stehen darum Ersatzwahlen an. Die EVP will mit einer breit anerkannten Persönlichkeit am Wahlkampf teilnehmen und ihren 2010 nach dem Rücktritt von Maja Ingold verlorenen Sitz im Stadtrat zurückerobern. Für Konkurrenz ist gesorgt. Die Grüne Partei wird auf jeden Fall ihren Sitz verteidigen, aber auch SVP, GLP und SP liebäugeln mit einer Kandidatur. Ein zweiter Wahlgang ist bei der



In diesem Gebäude – genannt Superblock – tagt der Winterthurer Stadtrat. Hier will die EVP wieder einziehen.

vermutlichen Vielzahl von Bewerberinnen und Bewerbern um das Amt so gut wie sicher. Bis dahin sollte es uns gelingen, mit unserer Kandidatur die EVP wieder vermehrt ins Bewusstsein

der Winterthurer Bevölkerung zu rücken. Eine Kandidatin oder ein Kandidat der Mitte wäre für alle, die nicht nach Links-Rechts-Schema wählen wollen, eine gute Alternative.

Vom Elternforum zur Gemeindepräsidentin

Die Hartnäckigkeit von Sandra Rottensteiner hat sich gelohnt



Margrit Wälti
Henggart

Das Engagement für Tempo 30 im Quartier und die Aktivitäten im Elternforum brachten Sandra Rottensteiner in den Gemeinderat Urdorf und schon bald ins Amt als Gemeindepräsidentin.

Vor der politischen Arbeit hat sich die 52-jährige Ehefrau und Mutter von zwei erwachsenen Kindern in der Seelsorge und in der Kinder- und Jugendarbeit engagiert. Die dabei angeeignete Menschenkenntnis ist hilfreich für die politische Arbeit. Man kennt sie in Urdorf als ehrliche, bodenständige und zuverlässige Person. Ihr Motto heisst: «Zu wissen, woher ich bin und wohin ich gehe, gibt mir die Motivation, die Herausforderungen heute anzupacken und mit meinem Wirken Spuren zu hinterlassen.»

2008 schaffte sie es bei einer Ersatzwahl in den Gemeinderat. Das wurde ihr aber nicht leicht gemacht. Sobald die EVP ihre Kandidatur bekannt gab, wollten auch noch drei weitere Kandidaten in den Gemeinderat. Auch im zweiten Wahlgang schaffte sie es nicht. Doch es gab kurz nachher nochmals einen Rücktritt im Gemeinderat und auch bei dieser Wahl hatte sie drei Konkurrenten. Ihre Hartnäckigkeit und Be-



Mit Sandra Rottensteiner stellt die EVP in Urdorf seit 6 Jahren die Gemeindepräsidentin

ständigkeit verhalf ihr dieses Mal zur Wahl. Das Ressort Sicherheit und Gesundheit war bei ihr in guten Händen. Schon zwei Jahre später wurde sie als Präsidentin gewählt und 2014 glanzvoll bestätigt.

«Sie spürt, dass die Wählerschaft ihre Arbeit zum Wohl von Urdorf schätzt»

Ihre Arbeitsbelastung liegt bei ca. 60 %. Die restliche Zeit gehört ihrem Haushalt und ihrem Hund, mit dem sie Waldspaziergänge geniesst. Ihren Teilzeitjob von 40 % als Kauffrau hat sie seit der Wahl zur Gemeindepräsidentin aufgegeben. Vor einem halben Jahr wurde sie auch Präsidentin der Vereinigung der Gemeinde- und Stadtpräsidenten des Bezirks Dietikon, sowie Mitglied im Leitenden Ausschuss des Gemeindepräsidenten-Verbandes des Kantons Zürich. Weiter ist sie auch im Vorstand der Zürcher Planungsgruppe Limmattal und im Vorstand der Standortförderung Limmattal. Im Gemeinderat arbeitet sie mit sechs Kollegen zusammen und im Bezirk ist sie die einzige Ge-

STATEMENT



Marianne Streiff-Feller

EVP-Nationalrätin, Urtenen-Schönbühl BE

«Integration ist nicht eine Frage der Menge, Herr Glarner! Integration ist die Art und Weise, wie wir mit unseren ausländischen Mitbewohnerinnen und Mitbewohnern umgehen, was wir von ihnen fordern und wie wir sie fördern.»

Marianne Streiff im Nationalrat an die Adresse der SVP

meindepräsidentin. Sie meint aber dazu: «Ich arbeite gerne mit Männern zusammen. Klare und direkte Kommunikation entsprechen mir.»

Sie spürt, dass die Wählerschaft ihre Arbeit zum Wohl von Urdorf schätzt. Sie weiss aber auch, dass man es nie allen recht machen kann. Sie sagt darum: «Es braucht schon einen starken Rücken und mit Kritik muss man umgehen können.»

ZUR PERSON

Sandra Rottensteiner, 1964
verheiratet mit Werner, 2 erwachsene Kinder
Gemeindepräsidentin, Kauffrau

EVP-Wettbewerb – Gewinnen Sie



Als Preis winkt ein Essen im Restaurant Emilio in Zürich für 2 Personen.

Lesen Sie das EVPinfo aufmerksam durch und beantworten Sie nachstehende Fragen:

Frage 1: Welche 3 EVP-Schwergewichte werden in diesem EVPinfo gewürdigt? (Seite 1)

Frage 2: Wie heisst die EVP-Gemeindepräsidentin von Urdorf? (Seite 9)

Absender (Name, Vorname, Ort, Tel.):

Gewinnerin

Ausgabe Nr. 143:

Brigitta Hunn, Richterswil

Einsendeschluss:

Ende Dezember 2016

Senden an: EVPinfo,

c/o EVP Kanton Zürich,
Josefstr. 32, 8005 Zürich,
Fax 044 271 43 03,
sekretariat@evpz.ch



Helfen Sie, Angehörige christlicher Gefangener zu unterstützen.

6 des Weltverfolgungsindex

AKTION FÜR VERFOLGTE CHRISTEN UND NOTLEIDENDE



klare worte. starke taten.

Eritrea. Der Staat am Horn von Afrika hat fünf Millionen Einwohner, 50% überwiegend orthodoxe Christen und 50% Muslime. Die Regierung versucht, sämtliche Lebensbereiche der Bevölkerung zu kontrollieren, auch deren Glauben. Offiziell sind nur Muslime, Katholiken, Eritreisch-Orthodoxe und Lutheraner erlaubt - innerhalb gewisser Grenzen. Mitglieder nicht registrierter Gemeinden werden erbarmungslos verfolgt. Derzeit sind laut USCIRF 1200 bis 3000 von ihnen aufgrund ihres Glaubens in Haft; teils bei brütender Hitze eingepfercht in Containern.



Film | QR-Code oder auf Website

- AVC** | steht verfolgten Christen bei
- AVC** | hilft Notleidenden
- AVC** | macht Jesus Christus bekannt

AVC | www.avc-ch.org
 Tel. +41 (0)32 356 00 80
facebook.com/avcschweiz
 Postkonto 25-11156-1
 UBS Biel CHF39 0027 2272 5267 2842 0



SEMINARANGEBOT INSPIRATION `16

29. AUGUST BIS 11. Dezember 2016 (nur noch wenige Termine frei)

Seminarräume (2 - 116 Personen), säulenfrei, mit Tageslicht. Gratis WLAN im ganzen Seminarhotel. Beamer/Flatscreen. Visualizer. Flipchart. Pinnwand. Moderatorenkoffer. Schreibblöcke und Kugelschreiber. Mineral und Brainfood im Seminarraum. 2 Pausen mit Heiss- und Kaltgetränken, Obst und Snacks. 4-Gang-Lunchbuffet inkl. Mineralwasser.

Tagespauschale CHF 65.00 pro Person

Das Seminarangebot INSPIRATION `16 ist gültig für Aufenthalte vom 29.08.2016 bis 11.12.2016 (Buchung möglich ab 08.08.2016) und in Verbindung mit mindestens 1 Übernachtung. Bsp.: Einzelzimmer mit Frühstücksbuffet, 3-Gang-Abendessen und 1 Tagespauschale INSPIRATION `16 ab CHF 205.00/Person.

Jetzt buchen unter 041 624 41 41 oder seminar@seminarhotelseeblick.ch

SEMINARHOTEL
SEEBLICK

Weitblick. Inspiration. Genuss.

SEMINARHOTEL SEEBLICK, Hugenstrasse 24, 6376 Emmetten/NW
 Tel. +41 41 624 41 41, Fax +41 41 624 42 42, www.seminarhotelseeblick.ch

TIPP: SEEBLICK Weihnachtswoche
 23. bis 29. Dezember 2016
 Informieren und Buchen auf
www.seminarhotelseeblick.ch

Die *jevp engagiert sich in Zürich

Juncker-Besuch in Zürich: Klares Wasser von der *jevp statt Besäufnis



Renato Pfeffer
EVP-Jugendbeauftragter, Richterswil

Mitglieder der *jevp unterstützen die Stadtpartei neu im Vorstand und auch bei den kommenden Gemeinderatswahlen. Durch Aktionen in der Stadt macht die *jevp auf ihre Anliegen aufmerksam.



«In der EU-Politik braucht es nüchterne Köpfe» - statt einem Besäufnis bot die *jevp beim Besuch von Jean-Claude Juncker frisches Wasser an.

An der letzten Mitgliederversammlung der EVP Stadt Zürich haben sich mehrere Mitglieder der *jevp bereit erklärt, die Mutterpartei tatkräftig zu unterstützen. So wurde Tamara Friedli neu in den Vorstand gewählt. Zudem wird Janine Burkhalter unterstützend an den Sitzungen teilnehmen und Fabio Siedler in der Revision mithelfen. Die Präsidentin, Claudia Rabelbauer, freut sich sehr über diese Unterstützung. «Das gibt Motivation und Mut gerade auch für den kommenden Wahlkampf für den Gemeinderat», sagt sie.

Und genau dort wollen die jungen Parteimitglieder ansetzen: der EVP Stadt Zürich wieder zu sitzen im Stadtparlament verhelfen, die bei den letzten Wahlen wegen zwei fehlenden Wählerstimmen als Folge der 5%-Hürde verloren gingen. Anfangs 2017 wird über die Aufhebung dieser Hürde abgestimmt, und im Februar 2018 stehen die nächsten Wahlen an. Die *jevp engagiert sich im Abstimmungskampf und sucht schon fleissig Kandidatinnen und Kandidaten. Bei den letzten Wahlen waren auf den EVP-Listen 13% der Kandidierenden

im *jevp-Alter. Bei den Wahlen 2018 sollen es deutlich mehr sein. 125 Kandidatinnen und Kandidaten braucht die EVP Stadt Zürich gesamthaft, wenn sie wieder in allen Kreisen antreten will. Mit oder ohne 5%-Hürde will die EVP 2018 wieder in den Gemeinderat einziehen.

«Bei den letzten Wahlen waren auf den EVP-Listen 13% der Kandidierenden im *jevp-Alter»

Dazu steht aber noch einiges an Arbeit an – und vieles wurde schon geleistet. Neben verschiedenen Werbeaktionen, wie Mitarbeit am EVP-Stand an der Einweihung des Quartiers Freilager, führt die *jevp in Zürich immer wieder Aktionen durch. Als eine andere Jungpartei im Zusammenhang mit dem Besuch von Jean-Claude Juncker an der Uni zu einem Besäufnis gegen die EU aufrief, verteilte die *jevp am selben Ort Wasser. Ihre Botschaft lautete: «Die *jevp bewahrt in der Politik einen nüchternen Kopf». Zudem: Wasser erfrischt – und das möchte die *jevp in Zürich tun. Für weitere Aktionen sind wir bereit!

ANZEIGE

Kulturlandschutz ist erfüllt.

Regierungs- und Kantonsrat empfehlen ein **NEIN.**

Radikalisierung Planungs- und Baugesetz

NEIN

Forderungen Kulturlandschutz erfüllt

- Keine Erweiterung des Siedlungsgebiets im Kanton Zürich seit 1995
- Stopp der Zersiedelung durch revidiertes eidgenössisches Raumplanungsgesetz von 2013
- Kantonale Planungs- und Baugesetzrevision 2014
- Vorbildlicher Richtplan des Kantons Zürich von 2014
- Reduktion des Siedlungsgebiets gegenüber dem Richtplan von 1995 um 132 Hektaren
- Kompensationspflicht für Kulturland ausserhalb von Siedlungsgebieten
- Strikte Trennung zwischen Siedlungs- und Nicht-Siedlungsgebiet
- Schutz der ländlichen Gebiete durch die «80:20-Regel»
- Limitierung der Bauzonenreserven
- Nationaler «Sachplan Fruchtfolgeflächen»
- Interkantonales Raumordnungskonzept «Metropolitanregion Zürich»



Abstimmung 27.11.2016
www.kulturlandinitiative-nein.ch



AGENDA

Sozialer Stadtrundgang
17. November 2016, 18.00 Uhr
 Zürich, ab Rathaus

Abstimmungen
27. November 2016

Delegiertenversammlung EVP ZH
7. Dezember 2016, 19.15 Uhr
 Zürich, Glockenhof, Sihlstrasse 33

Abstimmungen
12. Februar 2017

100. ord. DV EVP ZH
25. März 2017
Pfäffikon ZH mit Festprogramm und
«Volldampf in die Zukunft»

Topaktuelles
22. März 2017, 18.30 – 19.45 Uhr
 Rest. Sonne, Rüti, unter der Leitung von alt
 Nationalrat Ruedi Aeschbacher.

CARTOON



Die EVP verdankt ihr bald 100-jähriges Bestehen nebst dem Beistand von Gott in hohem Masse ihren «Urgesteinen» wie den drei langjährigen Kantonsräten Johannes Zollinger, Peter Reinhard und Gerhard Fischer (im Bild) und vielen andern wie M. Dücker, W. Kramer, S. Hugel, F. Leutert, N. Kuhn, M.

Pestalozzi, W. Zurbuchen, W. Wylder, H. Jäckli

PAROLEN

Abstimmungen vom 27. November 2016

Kanton

NEIN Planungs- und Baugesetz
 (Änderung; Umsetzung der Kulturlandinitiative)

NEIN VI «Schutz der Ehe»

Bund

JA VI «Atomausstiegsinitiative:
 Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie»

Details: www.evpzh.ch (Wahlen/Abstimmungen)

WERDEN SIE MITGLIED BEI DER EVP

Durch Ihre Mitgliedschaft in der EVP oder *jevvp unterstützen Sie eine sachbezogene Politik auf christlicher Basis. Gestalten Sie die Zukunft unseres Landes mit. Wir brauchen Sie. Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns. Danke!

044 271 43 02

sekretariat@evpzh.ch

www.evpzh.ch

Impressum

Redaktion: Peter Reinhard (pr), Kloten. **Redaktionsteam:** Lilian Banholzer (lb), Winterthur, Renato Pfeffer (rp), Richterswil, Arthur Phildius (aph), Volketswil, Peter Ritschard (pri), Zürich, Peter Schächli (ps), Wädenswil, Dominik Schmid (ds), Männedorf, Margrit Wälti (mw), Henggart, Johannes Zollinger (jz), Wädenswil. **Freie Mitarbeitende:** Gerhard Fischer, Bäretswil, Hanspeter Hugentobler, Pfäffikon, Maja Ingold, Winterthur, Andreas Kaplony, Kilchberg, Walter Meier, Uster, Mark Wisskirchen, Kloten. **Cartoon:** Christoph Heuer, pül cartoons, Zürich. **Herausgeber/Inserate:** EVoPa-Verlag, c/o EVP ZH, Josefstrasse 32, 8005 Zürich, sekretariat@evpzh.ch, Tel. 044 271 43 02, Fax 044 271 43 03, www.evpzh.ch. **Inserate:** Dominik Schmid, c/o EVP Kanton Zürich, Josefstrasse 32, 8005 Zürich, inserate@evpzh.ch. **Adressverwaltung:** EVP Schweiz, Postfach 2319, 3001 Bern, Tel. 031 351 71 71, info@evppev.ch. **Druck/Versand:** DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1, Postfach, 8021 Zürich 1. **Abonnement:** Einzel CHF 29.80, Gruppen CHF 1.00. Höhere Beiträge werden für zusätzliche Gruppen-Abos verwendet. **Postkonto:** 87-467939-4. **Auflage:** 42 500 Ex.; WEMF-beglaubigt 41'995 Ex. **Erscheinungsweise:** 4 x jährlich. **Verschiedenes:** Namentlich gezeichnete Artikel, Inserate und Beilagen müssen nicht die Meinung von Redaktion und/oder EVP ZH wiedergeben.

